



Seit 1989 für die Menschenrechte aktiv:
das Hungarian Helsinki Committee

Anikó, wie geht es weiter mit eurer Arbeit? Wie schätzt du die Situation in Ungarn ein?

Unsere Arbeit wird von staatlicher Seite zunehmend erschwert, das erleben wir Tag für Tag. Von Teilen der Gesellschaft bekommen wir dagegen spürbar mehr Unterstützung. Vielen ist inzwischen klar, dass es in Ungarn unter Orbán in die falsche Richtung geht: Die Menschenrechte so genannter Randgruppen werden beschnitten, die Arbeitsmöglichkeiten von Menschenrechtsorganisationen, wie wir eine sind, werden erschwert und kriminalisiert, das Presserecht steht auf der Kippe. Die Leute ahnen, dass dies erst der Anfang sein könnte und dass mittlerweile auch die Demokratie in Ungarn in Gefahr ist. Spätestens dann wären auch sie direkt betroffen. Ich hoffe, dass in der ungarischen Gesellschaft der Widerstand wächst und dass sie sich aktiv gegen diese Entwicklung einsetzt.

PRO ASYL setzt sich europaweit für die Verteidigung der Flüchtlings- und Menschenrechte ein. Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit durch Ihre Spende.

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft Köln
IBAN DE70 3702 0500 5050 5050 50, BIC BFSWDE33XXX

Herausgeber:
Förderverein PRO ASYL e.V.
Postfach 160624
60069 Frankfurt/M.
Telefon: 069 / 24 23 14 0
Fax: 069 / 24 23 14 72
Internet: www.proasyl.de
E-Mail: proasyl@proasyl.de

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft Köln
IBAN DE70 3702 0500 5050 5050 50
BIC BFSWDE33XXX

Druck:
directpunkt GmbH
Ausschläger Allee 178
20539 Hamburg
Veröffentlicht im Mai 2019

 facebook.com/proasyl

 twitter.com/proasyl

 instagram.com/proasyl

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

UNRECHTS- ZONE UNGARN

Über die systematische Verletzung
von Flüchtlings- und Menschenrechten

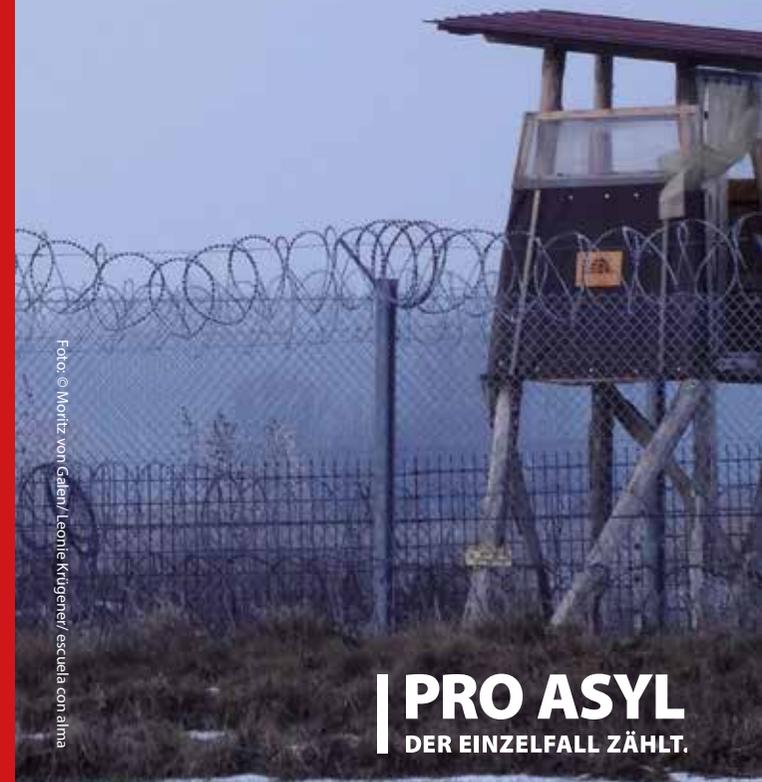


Foto: © Moritz von Galen/Leonie Krüger/escuela con alma

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

»AUFGEBEN IST KEINE ALTERNATIVE«

Interview mit der ungarischen Menschenrechtlerin Anikó Bakonyi. Sie arbeitet seit 2010 beim Hungarian Helsinki Committee und ist dort verantwortlich für die Bereiche Flucht und Asyl.



Foto: © privat

Anikó, der Abbau des Rechtsstaats ist in Ungarn in vollem Gang. Wie ist das für jemanden, der in diesem Land lebt?

Die Entwicklung hin zum repressiven Staat ist nicht auf Ungarn beschränkt, sie ist auf jeweils spezifische Weise zum Beispiel auch in Russland oder Polen zu beobachten. Die Situation in Ungarn würde ich so beschreiben: Der autoritäre Staat stellt sich auf, die Entrechtung nimmt zu. Sie betrifft die Zivilgesellschaft im Inland – aber sie betrifft gegenwärtig noch gravierender die allgemeinen Menschenrechte gerade von Flüchtlingen. Es kommt ja kaum mehr ein Flüchtling nach Ungarn hinein. Die Abwehrmaßnahmen verletzen die Rechte schutzsuchender Menschen auf gravierende Weise.

Kannst du kurz erläutern, wie der Zugang für Schutzsuchende nach Ungarn funktioniert? Wie ist die gegenwärtige Situation?

Es gibt zwei Transitzonen an der Grenze zu Serbien, Röszke und Tompa. Dort hineinzukommen ist mittlerweile so gut wie unmöglich. Früher durften einmal zehn Personen pro Tag hinein, heute ist es pro Tag und Transitzone nur noch eine Person. Wenn also eine fünfköpfige Familie am Montag Zugang erhält, ist für den Rest der Woche Schluss.

Quelle: HHC

5819

Zurückweisungen und Pushbacks an der ungarisch-serbischen Grenze gab es im Jahr 2018 insgesamt

davon **1668** Zurückweisungen

und **4151** Pushbacks

Was geschieht mit den Menschen, die dennoch versuchen, nach Ungarn zu gelangen?

Die werden abgewiesen. Und falls sie es trotzdem irgendwo über die Grenze schaffen, werden sie ohne weitere Prüfung wieder nach Serbien zurückgewiesen. Das ist eindeutig eine ungesetzliche Maßnahme im Namen der ungarischen Legislative.

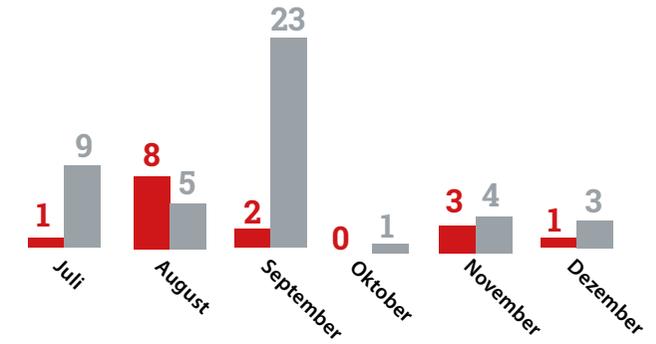
Du bist beim Hungarian Helsinki Committee für die Bereiche Flucht und Asyl zuständig. Wie könnt ihr den schutzsuchenden Menschen konkret helfen?

Das Hungarian Helsinki Committee (HHC) wurde 1989 gegründet, um die Menschenrechte gegen Verletzungen durch den Staat und seine Behörden zu verteidigen. Wir machen Rechtsbrüche öffentlich und leisten juristischen Beistand für Betroffene. In den meisten Fällen sind dies Asylsuchende, Inhaftierte, Flüchtlinge oder Opfer von Polizeigewalt.

Flüchtlinge müssen oft Monate oder gar Jahre warten, bis sie in eine der ungarischen Transitzonen hineingelassen werden. Wenn sie in ihren Asylanträgen um unsere Hilfe bitten, dann stehen wir ihnen zur Seite. Asylsuchende sind gegenüber dem ungarischen Staat von Anfang an in einer extrem schwierigen Situation. Nur in der Transitzone dürfen ja überhaupt Asylanträge gestellt werden.

Schutz in Ungarn / 2. Halbjahr 2018

■ Flüchtlingsstatus
■ Subsidiärer Schutz



Quelle: HHC

Wir verteidigen auch ihren Anspruch auf ein Berufungsverfahren, wenn ihr Antrag abgelehnt wird. Gerade da gab es in letzter Zeit katastrophale Entwicklungen.

Welche Entwicklungen meinst du genau?

Flüchtlinge in den Transitzonen, deren Asylanträge abgelehnt worden waren, bekamen nichts mehr zu essen. Um ihren Anspruch auf ein Berufungsverfahren nicht zu verlieren, müssen die Menschen aber unbedingt in der Transitzone bleiben. Sie könnten zwar raus, aber nur in Richtung Serbien. Wer das aus purer Verzweiflung und Hunger tut, verliert automatisch seinen Status als Asylbewerber. Eine ausweglose Situation, die Menschen sollten ausgehungert werden.

Was habt ihr unternommen?

Wir haben für jede verhungerte Person beim Europäischen Gerichtshof die Durchsetzung einer so genannten einstweiligen Anordnung erreicht. Das IAO (Immigration and Asylum Office of Hungary) war somit verpflichtet, den Menschen wieder etwas zu essen zu geben. Insgesamt eine schreckliche Situation, auch für die Kinder, die das alles mit ansehen mussten. Es ist einfach unvorstellbar, wie brutal und menschenverachtend ungarische Behörden mittlerweile agieren.